

## **Beschluss (vorläufig)**

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen  
2 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

3 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm wird  
4 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große Gesetzesvorhaben  
5 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft  
6 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit  
7 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat  
8 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und  
9 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften  
10 befassen wird.

11 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen

12 Im November 2020 findet die übernächste UN Klimakonferenz (COP26) in Glasgow statt, kurz  
13 davor kommen die UN Mitgliedsstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz zusammen. Eben in  
14 dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und Deutschland  
15 müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen die Klimakrise  
16 und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät, dass wir  
17 das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi Ziele zur  
18 Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf ambitionierte  
19 verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur Erreichung der  
20 Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlichen einen Aktionsplan Biodiversität.  
21 Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf zögernde  
22 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.

23 Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese EU-Präsidentschaft DIE Klima-Präsidentschaft wird.  
24 Denn im 2. Halbjahr 2020 werden im Rahmen der Vereinten Nationen Entscheidungen fallen. Hier  
25 gilt es, dass die EU als glaubwürdiger Akteur auftreten kann. Dazu muss sich die EU auf  
26 verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser  
27 Klimaschutzziele zu leisten. Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national  
28 beim Klimaschutz, sondern auch europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch  
29 übertroffen von Deutschlands Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz.  
30 Es darf nicht sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung  
31 die Europäische Union lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands  
32 verhindert, dass die Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich  
33 keine fossilen Kraftwerke mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer  
34 historischen Emissionen eine höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum

35 Nachzügler geworden: die Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus,  
36 und die Maßnahmen sind sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. Bündnis  
37 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union  
38 als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel,  
39 das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und  
40 verbindlich werden: wir fordern 65% Emissionsminderung bis 2030 . Ursula von der Leyen hat  
41 für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive Klimaschutzgesetz angekündigt und den  
42 designierten EU Kommissar Frans Timmermanns beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan  
43 für den europäischen Green Deal zu erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen  
44 Ratspräsidentschaft fallen, eine ambitionierte Position der Mitgliedstaaten im Rat zu  
45 definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz sollen klare Minderungsziele festgelegt  
46 werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen klarer Mechanismen überprüft werden soll, es  
47 soll direkt notwendige Massnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine  
48 Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Dazu gehören die  
49 verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und Schifffahrt ebenso wie die Umstellung  
50 der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der Düngerproduktion und Tierhaltung zu  
51 minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein, dass ein neues europäisches CO2  
52 Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatibel ist und  
53 zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht werden kann. Da darf die aktuelle deutsche  
54 Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein! Die Bundesregierung muss auf europäischer  
55 Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€ pro Tonne CO2 eintreten.

56 Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des Europäischen  
57 gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket" kommt,  
58 wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die  
59 Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline Nord  
60 Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die  
61 Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben.  
62 Wir wollen keine weiteren Gelder für fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau  
63 der Erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt  
64 Power-To-X Technologien fördern. Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der  
65 Basis von Erneuerbaren zusammenwachsen.

66  
67 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen  
68 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es  
69 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Dabei ist klar: auch andere europäische Kohleregionen  
70 zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation brauchen und ihre  
71 Regierungen ambitionierte Klimaziele auch nicht ohne Unterstützung mittragen. Der derzeit  
72 angestrebte Just-Transition Fonds ist dafür eine Grundlage.

73 Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam, rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel  
74 Geld für wenig Transformation und wenig Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch  
75 weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber wir wissen auch: die Transformation gibt es nicht  
76 umsonst. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim Ausstieg  
77 unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss auskömmlich  
78 finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt werden,  
79 nur zukunftsfeste Investitionen unterstützten und die Beschäftigten im Blick haben.

80  
81 Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als  
82 Querschnittsthema im nächsten EU Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die  
83 deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir brauchen  
84 ein Divestment Programm und ein Climate mainstreaming für den EU Haushalt. Wir können für  
85 das Klima auch viel tun mit einer Wirtschaft, die vor 2050 auf 100% erneuerbare Energien

86 setzt - dafür braucht die EU auch eine grüne Industriepolitik.

87  
88 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für  
89 Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich  
90 ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als  
91 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-  
92 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise  
93 anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine  
94 Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen  
95 qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert  
96 werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende  
97 Landwirtschaft.

98  
99 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in  
100 der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen  
101 Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere  
102 Landwirtschaft voranzubringen. und endlich einen Aktionsplan Biodiversität auf den Weg  
103 bringen Nachdem mit der Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne  
104 Federlesens anderen Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen  
105 Wasserstoffstrategie Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

106 Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der  
107 Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen  
108 Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des  
109 Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele  
110 leisten sollen. . Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen  
111 Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir Grüne fordern 50%. Für die EU  
112 Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit  
113 die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt.  
114 Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im  
115 Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene  
116 dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt  
117 der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir  
118 keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer  
119 Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen  
120 Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

121 EU Haushalt stärken

122 Für die Finanzierung von ernst gemeintem Klimaschutz, für den sozialen Zusammenhalt in  
123 Europa, aber auch für Innovation, Austausch der Bürgerinnen und Bürger braucht es einen  
124 gestärkten EU Haushalt. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen auf  
125 europäischer Ebene laufen. Sie werden vermutlich während der deutschen Ratspräsidentschaft  
126 abgeschlossen werden.

127 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro für den  
128 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das  
129 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am Brutto  
130 National Einkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den Ausgaben aber  
131 auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade wichtiger  
132 Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt gegenfinanzieren könnten.  
133 .Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in Klima,  
134 Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1% Ziel bei den Verhandlungen zum  
135 mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer Hardliner

136 Position der Europäischen Union. Wer den EU Haushalt zusammenkürzen will wird die Klimakrise  
137 nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent.

138 Wir Grüne wollen in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU Haushalt bereitstellen und den  
139 EU Haushalt durch eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

140 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen  
141 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

142 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘

143 Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus Europa die  
144 Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an.

145 Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für  
146 ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit  
147 fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den  
148 Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr  
149 ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr  
150 Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können und eine  
151 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen. Einen  
152 schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

153 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

154 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf  
155 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der  
156 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

157 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre.

158 Ein Grund zu feiern! Aber die Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit , autoritäre  
159 Justizreformen, Korruption, die Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und  
160 zivilgesellschaftlicher Akteure in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit,  
161 Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit sind nicht in Stein gemeißelt.

162  
163 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der  
164 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass alle  
165 Bürger\*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen  
166 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das würde sie  
167 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu  
168 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie gilt  
169 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren.

170 Die Grundrechtecharta muss dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt  
171 werden.

172  
173 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in  
174 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in  
175 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und  
176 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den  
177 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Ein  
178 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur die  
179 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem  
180 betreffenden Mitgliedstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie zielgerichtet  
181 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere  
182 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort ankommen, wo es  
183 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den

184 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher  
185 Ratspräsidentschaft verankert werden.

186 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,  
187 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland hat die  
188 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein wirksamer  
189 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und echte  
190 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten  
191 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine  
192 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen  
193 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

194 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und  
195 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"  
196 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und  
197 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen  
198 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.  
199 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche  
200 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und  
201 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

202 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen  
203 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen  
204 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:  
205 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden  
206 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrictlinie.

207 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

208  
209 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch europäisches Recht.  
210 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.  
211 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal wieder in  
212 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die  
213 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen, solche  
214 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum durchzuführen  
215 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine  
216 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

217 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt. Auch  
218 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden die  
219 menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in  
220 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc Verteilungsmechanismus zwischen 4 EU  
221 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss ihre  
222 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus und auch  
223 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

224 Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die  
225 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern  
226 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte  
227 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die  
228 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung mit  
229 verhindert haben.

230 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die  
231 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und

232 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer  
233 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen  
234 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu  
235 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine  
236 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die  
237 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und  
238 Umweltverbrechen sind.

239  
240 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für  
241 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidigerinnen von  
242 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch Bürgerdialoge mehr und  
243 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche  
244 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des  
245 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU Handelsverträgen  
246 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die  
247 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen  
248 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas  
249 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame Migrations- und  
250 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft  
251 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem  
252 Recht durchzusetzen.

253 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr – beispielsweise durch  
254 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für  
255 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von EU-Trust-Funds  
256 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte  
257 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von  
258 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
259 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.

260 Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen verbindlich durchsetzbar werden und ein  
261 Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet werden.

262 An der Schnittstelle zwischen Innen und Außen stehen die Menschenrechte von Geflüchteten und  
263 die Genfer Flüchtlingskonventionen.

264 Bei dem angekündigten Neuaufschlag für Migration und Asyl wird es entscheidend auf die  
265 Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ankommen, hier die Menschenrechte,  
266 das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem Recht hochzuhalten.